Antragsteller: Lukas Wanke, Standverband Halle (Saale) 8. November 2025

Änderungsantrag Nr. 2.1.
zum Ersetzungsantrag des Landesvorstandes „Stoppt den Genozid in Gaza!“

In Zeile 58/59 folgende Worte streichen:
„die Global Sumud Flotilla mit ihre Versuch, die Blockade zu durchbrechen“

Begründung:
Die „Global Sumud Flotilla“ hat eine offene Flanke hin zu autoritären Regimes wie dem im Iran. Das sieht man u.a. an Thiago Ávila, einem der Sprecher der Flotte. Ávila geht mutmaßlich als Mitglied einer brasilianischen trotzkistisch geprägten Partei davon aus, dass es darum gehen muss, den globalen Süden gegen imperialistische Unterdrückung zu vereinen, um letztlich aus dem kapitalistischen Weltsystem auszubrechen.

Was grundsätzlich recht verheißungsvoll klingt, bedeutet in der Praxis aber, dass er 2024 an einer Gaza-Konferenz mit der iranischen Regierung teilgenommen hat, von der iranische Regierung für sein Engagement ausgezeichnet wurde und die iranischen Proxies von der Hisbollah mindestens besucht hat. Damit ist er kein Einzelfall.

Diese strategische Ausrichtung ist falsch, ganz unabhängig von der humanitären Lage. Und gerade jetzt, wo wir uns ohnehin für Hilfslieferungen und eine dauerhafte Waffenruhe einsetzen müssen, ist es falsch, diese durch eine pauschale Solidarisierung mit der „Flotilla“ zu übernehmen. Denn es sollte klar sein, was Regimes wie der Iran oder die Türkei in der Region gegenüber ethnischen und religiösen Minderheiten betreiben und welche Funktion die Gaza-Politik hat.

Änderungsantrag Nr. 2.2.
zum Ersetzungsantrag des Landesvorstandes „Stoppt den Genozid in Gaza!“

In Zeile 62-65

„Unsere Grundlage ist die Jerusalemer Erklärung. Eine Vermischung nationaler Interessen der amtierenden Regierung mit den Bedürfnissen von Jüd*innen weltweit lehnen wir ab. Wir betonen, dass Kritik an der Israelischen Regierung und Solidarität mit Palästina nicht gleichzusetzen sind mit Antisemitismus. Diese Diffamierung wird jedoch häufig genutzt, um legitime Kritik und Solidarität zu unterdrücken. Wir wenden uns gegen diese Instrumentalisierung, da sie den Kampf gegen tatsächlichen Antisemitismus schwächt.“

ändern in:

„Wir wissen, dass es überall in der Gesellschaft Antisemitismus gibt und es eine dauerhafte Aufgabe ist, gegen ihn zu kämpfen. Antisemitische Stereotype können sich auch in versteckter Form äußern und beispielsweise auf Israel beziehen. Das heißt aber nicht, dass Antisemitismus deshalb zum Verhältnis zur israelischen Regierung zu definieren wäre. Es braucht Wachsamkeit in beide Richtungen: Sowohl gegenüber der Instrumentalisierung des Begriffs durch rechte israelische oder US-amerikanische evangelikale Politiker*innen als auch gegenüber denjenigen, die die katastrophale Lage in Israel als Projektionsfläche nutzen, um ihren Antisemitismus in die Breite zu tragen (z.B. Grauen Wölfe, das iranische Regime, Neonazis).“

Begründung:
Es gibt die im Antrag angesprochene Debatte, ob Antisemitismus-Vorwürfe instrumentalisiert werden. Gleichzeitig klingt das in der Formulierung so, als wäre Antisemitismus eigentlich kein reales Problem und als würde es im ganzen Themenkomplex eigentlich keinen Antisemitismus geben. Diesen Eindruck sollten wir mit einem Positionierungsantrag gar nicht erst erwecken wollen. Dass sich Antisemitismus auch auf Israel beziehen kann, ist übrigens auch Teil der JDA.